

Rohrer Weg: OB Schuster strebt Berufung an

Rathauschef riskiert Konflikt mit CDU

Möhringen. Im juristischen Streit um den Bau von drei Mehrfamilienhäusern am Rohrer Weg im Möhringer Westen strebt Stuttgarts OB Wolfgang Schuster auf jeden Fall eine Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts an. Das teilte der Rathauschef gestern mit.

Von Thomas Braun

Zwar liege das Urteil nach wie vor nicht schriftlich vor. Sobald dies aber der Fall sei, werde das Rechtsamt alle Schritte unternehmen, um in Berufung gehen zu können. Erstmals äußerte sich Schuster damit zu dem neu aufgeflamnten politischen Streit um die Bebauung der Streuobstwiesen: „Meine Haltung ist gegenüber dem Herbst 2004 unverändert. Ich möchte eine Bebauung auch von Teilflächen verhindern, da sie aus ökologischen wie aus städtebaulichen Erwägungen /heraus nicht sinnvoll ist. Dass plötzlich der Bebauungsplan von 1942 wieder gelten soll, erschließt sich mir weiterhin nicht. Der Ortsrand von Möhringen ist in seiner gewachsenen Struktur ganz anders definiert, als dies der ehemalige Bebauungsplan von 1942 vorgesehen hat.“

Damit riskiert der Oberbürgermeister den offenen Konflikt mit der CDU-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat. Deren Vormann Reinhold Uhl hatte sich unmittelbar nach dem Urteilsverkündung des Stuttgarter Verwaltungsgerichts, das der Klage zweier Erbgemeinschaften stattgegeben und keine Berufung zugelassen hatte, dagegen ausgesprochen, die Zulassung der Berufung vor dem Mannheimer Verwaltungsgerichtshof zu erzwingen. In der Folge war zudem bekannt geworden, dass der Bebauungsplan aus der NS-Zeit keineswegs nur für ein rund 200 Meter langes und 30 Meter breites Areal im nördlichen Teil der Streuobstwiesen gilt, sondern sich in seinem Geltungsbereich auf den gesamten Geländestreifen entlang der Udamstraße zwischen Sindelbach und Heilbrunnstraße bezieht.

Einen Antrag von SPD und Grünen, wenigstens diesen Teil der Fläche per Veränderungssperre von einer Bebauung auszuschließen und somit möglichen weiteren Klagen von bauwilligen Grundstückseigentümern vorzubeugen, hatten CDU, FDP und Freie Wähler im Ausschuss für Umwelt und Technik abgeschmettert. Man wolle keinem Bürger sein potenzielles Baurecht wegnehmen, begründete der CDU-Stadtrat Roland Schmid die Haltung seiner Fraktion.

So weit wie die FDP-Fraktion freilich wollte nicht einmal die CDU gehen: Der Oberliberale Rolf Zeeb hatte, gefordert, den Rohrer Weg bis hin zu den Stadtbahngleisen für den Wohnungsbau freizugeben und damit heftige Proteste seitens der Schutzgemeinschaft Rohrer Weg ausgelöst.